

INHALT

VORWORT	5
I. EINFÜHRUNG	15
II. ABSTAMMUNG UND FAMILIE	23
1. Die Familie väterlicherseits	23
2. Die Familie mütterlicherseits	30
3. Die Geschwister von Karl Friedrich Heintz	32
4. Seine Frau und Kinder	36
III. KINDHEIT, JUGENDZEIT, AKADEMISCHER UND ERSTER BERUFLICHER WERDEGANG	39
1. Kindheit und Jugendzeit	39
2. Akademischer Werdegang	44
3. Beruflicher Werdegang bis zur Abgeordnetenzeit 1845	46
a. Vorbereitungsdienst	46
b. Advokat	49
c. Beamtenlaufbahn	50
aa. Substitut des Staatsprokurators Bezirksgericht Zweibrücken	50
bb. Zweiter Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken	54
cc. Erster Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken	59
dd. Rat am Appellationsgericht Zweibrücken und Berufung als Oberappellationsgerichtsrat	59
ee. Berufung als Oberappellationsgerichtsrat	60
IV. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS ABGEORDNETER DER STÄNDEVERSAMMLUNG	65
1. Die Ständeversammlung, Stellung, Struktur und Kompetenzen	65
2. Struktur der Kammer der Abgeordneten, Wahl der Wahlklasse V	70
3. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1845/46	74
a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1845/46	74
b. Dankadresse	80
c. Gesetzgebung	83
aa. Entwurf des Gesetzes Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend	83
bb. Gesetzentwurf, das Exekutionsverfahren in der Pfalz betreffend	91
cc. Gesetzentwurf, den Eintritt der Staatsdiener in die Kammer betreffend	98
d. Eintreten für die Pfalz	107
aa. Reklamation zur Zahl der pfälzischen Abgeordneten	108

bb. Authentische Interpretation des Titel VI § 12 BV 1818, rücksichtlich seiner Anwendung auf die Pfalz	117
e. Weitere Äußerungen von Heintz auf der Ständeversammlung	119
aa. Verfassungs- und Gesetzestreue	120
bb. Justizbild	130
cc. Soziales Empfinden	132
dd. Verbundenheit zum Königreich Bayern und zum Hause Wittelsbach	135
ee. Pressefreiheit	137
f. Schluss der Ständeversammlung 1845/46	139
4. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1847	140
a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1847	140
b. Dankadresse	143
aa. Verfassungs- und Gesetzestreue	146
bb. Pressefreiheit	148
cc. Bemühung um Gesetzgebungsreformen	151
dd. Bemühung um gesellschaftliche Reformen	153
c. Schluss der Ständeversammlung 1847	157
5. Gesamtbetrachtung und Würdigung der Abgeordnetenphase	157

V. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS JUSTIZMINISTER

161

1. Die Beteiligung von Heintz am Reformlandtag von 1848	161
a. Allgemeines	161
b. Ernennung von Heintz zum Justizminister, Staatsrat und lebenslänglichen Reichsrat	166
aa. Ernennung zum Justizminister	166
bb. Ernennung zum Staatsrat	170
cc. Ernennung zum Reichsrat	171
c. Die Beteiligung von Heintz an der Reformgesetzgebung 1848	174
aa. Justizreform	174
[1]. Vorläufer und Grundlagen der Justizreform	176
[a]. Die Maurerschen Gutachten zur Neugestaltung des Justizwesens 1847	176
[b]. Die Justizorganisation in der Pfalz	179
[2]. Beratung neuer Gesetzbücher	182
[3]. Grundlagengesetz	187
[4]. Änderungen im Strafrecht	197
[5]. Ablösung der Grundlasten	202
[6]. Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklage	206
[a]. Ministerverantwortlichkeit	206
[b]. Staatsgerichtshof	209
bb. Soziale und gesellschaftliche Reformen	213
[1]. Amnestiegesetz	213

[2]. Jagdgesetz	216
cc. Gesetze in Bezug auf die Volksvertretung	221
[1]. Erhöhung der Zahl der Abgeordneten der Pfalz	221
[2]. Landtagswahlgesetz	224
[3]. Parlamentarische Initiative	231
2. Die weitere Entwicklung der Justizreform unter Heintz	237
a. Strafrechtsreform	237
aa. Die Einführung von Geschworenengerichten	239
[1]. Gründe für die Einführung von Geschworenengerichten	239
[2]. Bildung der Schwurgerichte	240
[aa]. Voraussetzungen für das Geschworenenamt	241
[bb]. Fertigung der Geschworenenliste	243
[cc]. Ergänzung der Geschworenenliste	244
[a]. Besetzung der Geschworenenbank	245
[3]. Gesamtbetrachtung	247
bb. Die Modifikation des materiellen Strafrechts	248
cc. Die Strafprozessrechtsnovelle vom 10. November 1848	251
[1]. Gerichtsverfassung samt Regelungen über die Staatsanwaltschaft	253
[a]. Gerichtsorganisation	253
[aa]. Voruntersuchungsgerichte	253
[bb]. Anklagegerichte	255
[cc]. Erkennende Gerichte	257
[dd]. Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände	259
[ee]. Abweichung von der örtlichen Zuständigkeit	259
[b]. Staatsanwaltschaft	261
[aa]. Einführung und Behördenorganisation	261
[bb]. Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft und ihr Verhältnis zu Gerichten und Behörden	262
[2]. Die Voruntersuchung	263
[a]. Sinn und Zweck der Voruntersuchung	263
[b]. Ausgestaltung der Voruntersuchung	264
[c]. Anklageerkenntnis	267
[d]. Rechtsmittel gegen das Anklageerkenntnis	269
[3]. Das Verfahren erster Instanz	270
[a]. Das Verfahren vor den Schwurgerichten	270
[aa]. Sachliche Zuständigkeit der Schwurgerichte	270
[bb]. Sitzungsperioden der Schwurgerichte	271
[cc]. Vorbereitungsverfahren	272
[dd]. Vertretungspflicht/Rechte und Pflichten des Verteidigers	273
[ee]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern	274
[ff]. Festsetzung des Verhandlungstages	275

[gg]. Die Hauptverhandlung im schwurgerichtlichen Verfahren	276
[hh]. Die Urteilsfindung	280
[aaa]. Allgemeine Grundsätze zur Urteilsfindung	280
[bbb]. Belehrung der Geschworenen und Fragestellung an diese	282
[ccc]. Der Wahrspruch der Geschworenen	285
[ddd]. Die Urteilsfällung	286
[ii]. Sondervorschriften für geringere Verbrechen und Vergehen vor den Schwurgerichten	288
[b]. Das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten	288
[aa]. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Kreis- und Stadtgerichte	288
[bb]. Vorbereitungsverfahren	289
[cc]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern	290
[dd]. Die Hauptverhandlung vor den Kreis- und Stadtgerichten	290
[ee]. Die kreis- und stadtgerichtliche Entscheidung	291
[c]. Das Ungehorsamsverfahren	292
[aa]. Im schwurgerichtlichen Verfahren	293
[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Todes-, Ketten- und Zuchthausstrafe	294
[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei geringeren Verbrechen und Vergehen sowie Pressevergehen	296
[bb]. Im Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten erster Instanz	297
[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Verbrechen	297
[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei Vergehen	298
[4]. Rechtsmittel	298
[a]. Rechtsmittel gegen Urteile der Schwurgerichte	299
[aa]. Nichtigkeitsbeschwerde	300
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Nichtigkeitsbeschwerde	300
[bb]. Statthaftigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde	301
[aaa]. Frist und Form der Nichtigkeitsbeschwerde	302
[bbb]. Nichtigkeitsbeschwerdegründe	302
[ccc]. Gang des Verfahrens der Nichtigkeitsbeschwerde	304
[ddd]. Prüfungskompetenz des Obersten Gerichtshofes	305
[eee]. Entscheidung über die Nichtigkeitsbeschwerde	305
[cc]. Wiederaufnahme des Verfahrens	306
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens	306
[bbb]. Statthaftigkeit der Wiederaufnahme der Verfahrens	307
[ccc]. Frist und Form der Wiederaufnahme des Verfahrens	307
[ddd]. Verfahren und Entscheidung bei Wiederaufnahme des Verfahrens	307
[dd]. Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308

[bbb]. Statthaftigkeit der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308
[ccc]. Verfahren der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	309
[ddd]. Entscheidung über die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	309
[b]. Rechtsmittel gegen Urteile der Kreis- und Stadtgerichte	309
[aa]. Berufung	309
[aaa]. Sinn, Zweck, Einordnung und Statthaftigkeit der Berufung	310
[bbb]. Verfahren der Berufung	311
[ccc]. Entscheidung des Appellationsgerichts	311
[bb]. Ungehorsamsverfahren in der Berufungsinstanz	312
[5]. Gesamtbetrachtung der Strafprozessrechtsnovelle 1848 und der Verdienste von Heintz	312
b. Reformversuche im Zivilprozess/Entwurf einer Prozessordnung	315
aa. Allgemeines zum Entwurf der Prozessordnung 1848	315
bb. Der Entwurf der Prozessordnung 1848	315
[1]. Die Parteimaxime	316
[2]. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens	317
[3]. Der Instanzenzug	318
[4]. Die Beteiligung der Staatsanwaltschaft	319
cc. Bewertung des Entwurfes	319
3. Verleihung des Komturkreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael	320
4. Der Landtag 1849 – Rücktritt von Heintz als Justizminister	320
a. Gang des Landtages	320
aa. Vorstimmung und Wahlen des Landtags	320
bb. Eröffnung des Landtags	325
cc. Die Dankadressen der Kammern des Landtages	325
[1]. Die Adresse der Kammer der Reichsräte	325
[2]. Die Adressdebatte und Adresse der Kammer der Abgeordneten	326
[3]. Rücktritt von Heintz als Justizminister	334
dd. Vertagung und Auflösung des Landtags	336
b. Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes 1849	336
5. Gesamtbetrachtung der Phase als Justizminister	339

VI. DIE ZEIT NACH DER ENTLASSUNG ALS JUSTIZMINISTER

343

1. Der Prozess gegen den königlichen Fiskus	343
a. Die dienstliche Stellung und die Entwicklungen bis hin zur Klageerhebung	343
b. Die rechtliche Stellung der Staatsdiener des Königreichs Bayern	348
c. Die Rechtsauffassungen der Parteien	350
aa. Die Rechtsauffassung von Heintz	350
bb. Die Rechtsauffassung des königlichen Fiskus	351
d. Die Entscheidungen der Gerichte	355
aa. Entscheidung des Appellationsgerichts von Oberbayern	355

bb. Entscheidung des Oberappellationsgerichts	357
e. Gesamtbetrachtung	358
2. Die Stellung von Heintz in der Kammer der Reichsräte	359
3. Beteiligung an der bayerischen Reformgesetzgebung nach Entlassung als Minister	362
a. Die weitere Entwicklung im Bereich des Gerichtsverfassungsgesetzes	362
aa. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1850	362
bb. Der Gesetzentwurf die gerichtlichen Beamten betreffend	366
cc. Der Entwurf zum Notariatsgesetz	367
dd. Das Gesetz einige Bestimmungen die Gerichtsverfassung betreffend	373
ee. Weitere Versuche zur Durchführung der Gerichtsorganisation bis zum GVG 1861	375
ff. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1861	378
b. Die Zivilprozessordnung von 1869	381
aa. Allgemeines zur Zivilprozessordnung von 1869	381
bb. Die Streitpunkte zwischen den Kammern des Landtages	385
[1]. Mitwirkung der Staatsanwaltschaft	385
[2]. Unteilbarkeit des Geständnisses	388
c. Die Strafprozessrechtsreform	389
aa. Ungehorsamsverfahren	390
bb. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	391
[1]. Allgemeines zum Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	391
[2]. Der Gang der Beratungen des Entwurfs	392
[3]. Die wesentlichen Modifikationen der Kammern	393
[a]. Gemeinsamer Kassationshof für das gesamte Königreich	394
[b]. Die Untersuchungshaft	394
[c]. Verfahren bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte auf freiem Fuß befindet	395
[d]. Schwurgerichte in der Pfalz betreffend	397
[4]. Die Regelungen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	398
d. Gesamtbetrachtung der weiteren Entwicklung der Justizreform	400
4. Die weitere politische Tätigkeit von Heintz nach der Entlassung als Justizminister	402
a. Die Deutsche Frage	402
b. Das Eintreten für die und Äußerungen im Zusammenhang mit der Pfalz	406
5. Die weitere dienstliche Stellung und Privatleben	411

VII. SCHLUSSBETRACHTUNG 417

ABKÜRZUNGEN 419

1. Stammbaum	449
2. Ahnenbericht	452
a. Generation 1	452
b. Generation 2	452
c. Generation 3	453
d. Generation 4	454
e. Generation 5	454
f. Generation 6	455
3. Gerichtsorganisation Pfalz (1802 – 1814)	456
4. Gerichtsorganisation Pfalz (1816 – 1877)	457
5. Bildung der Geschworenengerichte nach der StPON	458
6. Die Gerichtsorganisation nach der StPON	459
7. Gang des Strafverfahrens nach der StPON	460
8. Gerichtsorganisation nach dem GVGE 1849	461
9. Dankdeputation von Landgemeinden bei Justizminister Heintz	462
10. Justizminister von Heintz, der ausgezeichnete Rechenmeister, hält Schule	463
11. Löschung des Brandes in Tutzing	464
12. Die von H. Staatsrath v. Heintz organisierte Tutzinger Feuerwehr	465
13. Stern zum Verdienstorden vom heiligen Michael	466
14. Verdienstorden vom heiligen Michael	467
15. Stern zum Verdienstorden der bayerischen Krone	468
16. Verdienstorden der bayerischen Krone	469
17. Die Kammer der Reichsräte im Jahr 1865	470